

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Niederschrift

Köthen (Anhalt), 29.11.2010

über die 15. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses  
öffentlicher Teil

---

Die Sitzung fand statt:

Datum :	25.11.2010	Ort :	06366 K ö t h e n ( A n h a l t )
Beginn :	18:30	Straße :	Wallstraße 1-5
Ende :	19:30	Raum :	Großer Sitzungsraum 217

Anwesende Mitglieder  
lt. Teilnehmerliste :

9 (siehe Anhang)

Von der Verwaltung  
waren anwesend :

Ina Rauer (DEZ), (Dezernat 6)  
Oliver Reinke (AL), (Amt 73)  
Silvio Becher (AL), (Amt 65)  
Werner Georges (Abt.-Ltr.), (Planungsabt.)  
Cathrin Emmer (Prot), (Amt 60)

Außerdem waren  
anwesend (Gäste) :

Mitteldeutsche Zeitung

Tagungsleitung :

Stadtrat Raubaum

Schriftführer :

Frau Emmer

---

**Ausschussvorsitzend  
er**

**Dezernentin**

**Protokollführerin**

Uwe Raubaum

Ina Rauer

Cathrin Emmer

---

## Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Information der Verwaltung	-
2.2	Bestätigung der Tagesordnung öffentlicher Teil	-
2.3	Bestätigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 4.11.2010	-
2.4	Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung für den Haushalt 2011 einschließlich der Finanzplanjahre bis 2025	2010191/11
2.5	Haushaltssatzung für das Jahr 2011 für die Stadt Köthen (Anhalt) und Haushaltsplan 2011 als Teil der Satzung mit seinen Anlagen und Bestandteilen	2010190/11
2.6	Abschluss eines Durchführungsvertrages zum Vorhaben- und Erschließungsplan des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 55 "Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Deponie Scherbelberg"	2010254/1
2.7	28. Änderung Flächennutzungsplan (FNP) "Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Deponie Scherbelberg" der Stadt Köthen (Anhalt) hier: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) - Abwägungsbeschluss	2010246/1
2.8	28. Änderung Flächennutzungsplan (FNP) "Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Deponie Scherbelberg" der Stadt Köthen (Anhalt) Feststellungsbeschluss	2010247/1
2.9	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 55 "Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Deponie Scherbelberg" in Köthen (Anhalt) mit Vorhaben- und Erschließungsplan hier: Abwägung der Bedenken und Anregungen aus der Offenlage und aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden - Abwägungsbeschluss	2010253/1
2.10	Vorhabenbezogener B-Plan Nr. 55 "Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Deponie Scherbelberg" der Stadt Köthen (Anhalt) Satzungsbeschluss	2010248/1
2.11	Weitergeltungsbeschluss für die „Satzung der Stadt Köthen (Anhalt) über notwendige Stellplätze der Stadt Köthen (Anhalt)“ -Stellplatzsatzung-	2010226/9
2.12	Weitergeltungsbeschluss für die „Satzung der Stadt Köthen (Anhalt) über den Ausgleichsbetrag für die von Bauherren und Eigentümern nicht herstellbaren Kfz-Einstellplätzen“ -Ablösesatzung-	2010227/9
2.13	Umnutzung einer Industriebrache in Wohnnutzungen in Köthen (Anhalt) Baasdorfer Str. 32	2010255/1
2.14	Baumfällungen 2010/2011	2010263/1
2.15	Anfragen und Anregungen	-
3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs	
3.1	Information der Verwaltung	-
3.2	Bestätigung der Tagesordnung nichtöffentlicher Teil	-
3.3	Vergabe für die Lieferung und Montage der Absauganlage für die Fahrzeughallen der FFW Köthen	2010249/1
3.4	Bestätigung der Niederschrift nichtöffentlicher Teil vom 4.11.2010	-
3.5	Ratkeschule - Sanierung des kontaminierten Fußbodens - Vergabe des Loses 3 - Bodenbelagsarbeiten	2010259/1
3.6	Anfragen und Anregungen	-

## **Protokolltext**

### **Öffentlicher Teil**

Zur Sitzung wurden folgende Unterlagen ausgelegt:

- Stellplatzsatzung und Ablösesatzung der Stadt Köthen (Anhalt)
- Gutachten zur Standsicherheit von Bäumen von Dipl.-Ing. K. Schöpe, (November 2010)

zu TOP 1. und 1.1

Stadtrat Raubaum eröffnete die Sitzung und stellte bei Anwesenheit von 7 Stadträten die Beschlussfähigkeit sowie die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest.

(Ab TOP 2.1 - 8 Stadträte, ab TOP 2.4 - 9 Stadträte.)

zu TOP 2.1

Frau Rauer beantwortete Anfragen aus der letzten Sitzung.

Anfrage Stadtrat Raubaum zur Ablagerung von Erdwällen auf dem Parkgelände des Krankenhauses Süd.

Die Wohnungsgesellschaft mbH hat Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Sollte dies zu keinem Ergebnis führen und die Täter nicht ermittelt werden können, wird die Fläche im Rahmen der zukünftigen Baumaßnahmen beräumt.

Anfrage Stadtrat Schulte-Varendorf zur Durchfahrtsstraße in der Ortschaft Löbnitz.

Eine entsprechende Rückfrage wird beim zuständigen Baulastträger veranlasst.

Zur Anfrage hinsichtlich der Einfahrt Ringstraße in das Gewerbegebiet Löbnitz wurde informiert, dass es sich hierbei um eine Privatstraße handelt. Diese ist zurzeit nicht als öffentliche Straße gewidmet. Der Zweckverband versucht, die Widmung zu veranlassen. Die Verwaltung fragt beim Zweckverband "Um die Dorfstätte" nach, ob die genannten verkehrlichen Probleme bekannt sind.

Am 16.11.2010 hat die Arbeitsgemeinschaft Fasanerie getagt. Anwesende waren Herr Rößler (UNB), Herr Prof. Roloff, der Oberbürgermeister Herr Zander, Frau Prof. Felinks, Herr Dr. Rosenkranz, Herr Dr. Deissner, Herr Weninger, Herr Aleku, Frau Rauer und Herr Reinke.

Es wurde das neu vorgelegte Gutachten zur Standsicherheit von Bäumen (Messung mit Zugversuch) von Dipl.-Ing. Herr Schöpe ausgewertet.

Dabei wurde festgestellt, dass 5 von 7 Bäumen keine ausreichende Standsicherheit aufweisen und somit die Verkehrssicherheit beeinträchtigt ist. Aufgrund dieser Feststellung ist die Fällung der Bäume erforderlich, die Stadt hat einen entsprechenden Baumfällantrag an den Landkreis Anhalt-Bitterfeld gestellt.

Nach Meinung der Unteren Naturschutzbehörde (UNB), Herr Rößler erscheint eine regelmäßige Baumkontrolle für ausreichend.

Die Kontrollen, so Frau Rauer, sind bei gesunden Bäumen üblich und werden auch von der Stadt Köthen praktiziert. Mit dem Wissen um die vermehrt umgefallenen Bäume und die 2 Gutachten ist dies aber nicht ausreichend.

Nach derzeitigem Kenntnisstand und 2 Gutachten, welche aussagen, dass die Standsicherheit nicht gegeben ist, ist eine Baumfällung unumgänglich.

Sollte es dazu kommen, dass der Landkreis an den regelmäßigen Baumkontrollen festhält und so die Verkehrssicherheit auf anderen Wegen sicherstellen will, verlangt die Stadt eine Haftungsfreistellung. Dann könne von einer Baumfällung abgesehen werden. Weiter besteht die Möglichkeit, dass die Fasanerie in das Eigentum des Landkreises übergeht.

Der Sachverhalt soll durch den Landkreis bis zum 8.12.2010 geprüft und beschrieben werden, da bei Genehmigung der Fällung der Bäume im Januar 2011 begonnen werden soll.

Weiter informierte Frau Rauer, dass im Schreiben der Ärzte keine neuen Erkenntnisse enthalten sind.

Stadträtin Hinze vertritt die Auffassung, dass bei der Übergabe der Fasanerie an den Landkreis die Stadt sich ein Armutszeugnis ausstellt. Sie bat darum, dass der gesamte Schriftverkehr zum Thema Fasanerie zwischen Stadt und Kommunalen Schadensausgleich (KSA) einschl. der Anlagen an alle Fraktionen bis zum 29.11.2010 ausgereicht wird.

Zur Bekanntmachung des Stadtteilkonzeptes wurde erläutert, dass dieses an die Eigentümer verschickt wurde und gleichfalls in einem Discounter in der Rüsternbreite ausgehängt wurde. Weiter ist das Konzept in der Stadtplanungsabteilung öffentlich ausgelegt und im Internet veröffentlicht.

Auf die Bitte von Stadtrat Tauer, eine Verlängerungsoption bei der nächsten Ausschreibung des Winterdienstes aufzunehmen, nahm Frau Rauer die Anregung auf.

Zur Anfrage von Stadträtin Hinze zur Vergabe der Winterdienstleistungen an städtischen Objekte führte Frau Rauer folgendes aus:  
Derzeit werden bereits die Anliegerpflichten beim Winterdienst für Gemeindehäuser, FFw-Gerätehäuser der Ortschaften, Buswartehäuschen usw. durch Amt 73 ausgeschrieben und jährlich vergeben. Die Objekte, die durch Hausmeister betreut werden, sollten mit in das Leistungsverzeichnis aufgenommen werden. Einerseits können zwei Trupps nicht alle Einrichtungen in akzeptablen Zeiträumen gleichzeitig betreuen, auch wenn dies technisch unterstützt durch Schiebeschilder usw. vorhanden ist. Die Vergabe dieser Winterdienstleistung war Bestandteil der beschlossenen Hausmeisterkonzeption. Der Winterdienst auf den Grundstücken soll durch die Hausmeister weiterhin selbst erledigt werden.

Weiterhin informierte Frau Rauer, dass die Vorfahrtsregelung Am Galgenberg nach Beendigung der Baumaßnahmen am Kreisel wieder in die Ursprungsform geändert wurde. Entsprechende Hinweistafeln wurden bis 30.11.2010 aufgestellt

Stadtrat Kulawik wollte wissen, ob beim letzten Sturm umgefallene Bäume in der Fasanerie zu verzeichnen sind. Dies wurde verneint.

zu TOP 2.2

Die Tagesordnung öffentlicher Teil wurde einstimmig angenommen.

zu TOP 2.3.

Die Niederschrift öffentlicher Teil vom 4.11.2010 wurde bei 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung bestätigt.

zu TOP 2.4

Stadträtin Hinze fragte nach, ob es bei der geplanten Strauchentfernung und Umwandlung in Rasenflächen zu Konflikten mit der Heckenschutzsatzung kommt.

Herr Reinke verneinte dies, da die Mindestanforderungen an die Schutzwürdigkeit nicht

erfüllt sind.

zu TOP 2.5

Abstimmung zu Änderungsanträgen Haushaltsplan 2011:

S. 87 HHST 61000.65561

Auf die Anfrage von Stadträtin Hinze, ob hier ein Kompromiss gefunden werden könnte wurde der Antrag durch die CDU-Fraktion dahingehend geändert, dass die Kürzung des Ansatzes von 35.000 € um 20.000 € auf 15.000 € erfolgt.

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

S. 89 HHST UA 61300

Frau Rauer plädierte dafür, dem Änderungsantrag von - Die Linke - nicht zuzustimmen.

Für die Entwicklung der Stadt Köthen in Hinsicht auf die flexible Koordinierung und der gleichzeitigen Bearbeitung aller baulichen Probleme, wie sanierungsrechtliche oder denkmalrechtliche Genehmigungen sowie Belange bei der städtischen Bauleitplanung ist es wichtig, dass das Bauordnungsamt der Stadt zugeordnet bleibt.

Stadträtin Hinze bestärkte den Änderungsantrag damit, dass es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe handelt, welche entbehrlich ist.

Die Argumente hierzu wurden bereits mehrfach erläutert. Es gehe hier um eine Einsparungsmaßnahme.

Abstimmung: 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

S. 129 HHST 88000.54002

Abstimmung 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

S. 203 HHST 46431.96000

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

S. 209 HHST 58000.36120 und

S. 213 HHST 58000.93522

Abstimmung 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

S. 225 HHST 61540.36104 und

S. 237 HHST 61540.91104

Abstimmung: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

S. 241 HHST 63000.35030

S. 243 HHST 63000.36135

S. 245 HHST 63000.96135

S. 261 HHST 90000.36111

Abstimmung: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

S. 247 HHST 63000.96175

Abstimmung: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

S. 251 HHST 67000.95100

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Die Abstimmung zum TOP 2.4. erfolgte unter Einbeziehung der einzelnen Beschlüsse zu den Änderungsanträgen mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

zu TOP 2.7

Bei Stadträtin Hinze beklagte sich ein Bürger, dass er das Amtsblatt nicht rechtzeitig erhalten habe und somit zu spät über den Verfahrensstand laufender Bauleitplanverfahren, welche öffentlich bekanntgemacht werden müssen, informiert war.

Sie fragte, ob ein Vorhaben noch rechtssicher ist, wenn es zwar ordnungsgemäß bekanntgegeben war, aber nicht alle Bürger erreicht hat?  
Dies wird von der Verwaltung geprüft.

Herr Georges kannte dieses Problem und antwortete, dass dieser Bürger rechtzeitig Kenntnisstand hatte und eine Stellungnahme abgab.

Stadträtin Hinze machte nochmals darauf aufmerksam, dass Amtsblätter mehrfach und über längere Zeit nicht ausgeteilt werden.

Die Abstimmung zu den TOP`s 2.7 - 2.10 erfolgte einstimmig.

zu TOP 2.12

Stadträtin Hinze möchte bis zum Hauptausschuss im Vergleich wissen, wie die Beträge in anderen Städten festgesetzt sind.

zu TOP 2.14

Stadträtin Hinze plädierte dafür, dass die Ersatzpflanzungen in der Innenstadt erfolgen sollten.

Stadtrat Raubaum fragte, ob eine Karte für das Stadtgebiet mit den möglichen Ersatzflächen für künftige Neupflanzungen erarbeitet werden kann.

Frau Rauer erklärte, dass diesbezüglich bereits ein Plan mit Straßenbaumpflanzungen vorlag.

Eine Alternative wäre noch die Bepflanzung in der Rüsternbreite.  
Dies wird geprüft.

zu TOP 2.15

Stadträtin Hinze wollte wissen, wer den Baum in Richtung Porst in Höhe Abzweig Güterseeweg gefällt hat.

Herr Reinke antwortete, dass hier der Landesbetrieb Bau verantwortlich ist. Es müsste eine Fällgenehmigung vom Landkreis vorliegen.

Stadtrat Schulte-Varendorf bat darum, dass nach den langen Regenfällen auch die Unterführungen/Durchlässe in Löbnitz gereinigt werden sollen.

Herr Reinke informierte, dass der Unterhaltungsverband damit begonnen hat.

Stadtrat Schulte-Varendorf bat weiter darum, auch den Landesbaubetrieb bezüglich der Reinigung zu informieren.

Zum Einmündungsbereich Ringstraße Löbnitz auf die Kreisstraße nimmt Stadtrat Schulte-Varendorf die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Er bat um Prüfung, ob der Kurvenradius im Einmündungsbereich für den im Gewerbegebiet entstehenden Verkehr ausreicht.

Seiner Meinung nach wird hier weit in den Gegenverkehr gefahren.

Frau Rauer bemerkte, dass solch ein Vorgang noch nicht bekannt sei. Es wird geprüft.

Stadtrat Kulawik teilte mit, dass auch er kein Amtsblatt erhalten hat.

Stadtrat Müller hat Kenntnis davon bekommen, dass Subunternehmen, welche an den Bushaltestellen von Vetter halten, einen bestimmten Betrag an die Firma Vetter zahlen, welcher zur Wartung eingesetzt werden soll.

Frau Rauer entgegnete, dass die Wartehäuschen nicht von der Firma Vetter gewartet werden.